

Kay-Udo Ploch
M.-v.-Richthofen-Str. 21
25421 Pinneberg
Tel 851752
Fax 693773
info@major-domus.com
Vorsitzender der FDP-Fraktion



**FDP-Fraktion der
Ratsversammlung
Pinneberg**

An den Bürgervorsteher
Herrn Artur Lontzek
c/o
Stadtverwaltung Pinneberg
Rathaus

25421 Pinneberg

per info@pinneberg.de sowie
Fax 211-444 (Bauamt)

Anträge der FDP-Fraktion zur Ratsversammlung

Die Ratsversammlung möge beschließen:

- 1. Die vorgesehene Übernahme der Grünflächenpflege im Bereich des B-Plans 107 durch die Stadt Pinneberg wird nicht weiter verfolgt. Stattdessen wird – nach entsprechender Ausschreibung – die Grünflächenpflege in diesem Bereich von vornherein einem privaten Unternehmen übertragen.**
- 2. Die zur Grünflächenpflege vorhandenen Geräte und Fahrzeuge der Stadt Pinneberg werden nicht mehr erneuert oder modernisiert, auch nicht per Leasing, sondern nur noch soweit instand gehalten, wie das wirtschaftlich vertretbar ist.**
- 3. In dem Maße, wie die vorhandenen Geräte und Fahrzeuge nicht mehr zur Pflege aller Grünflächen in der Zuständigkeit der Stadt ausreichen, werden weitere Teilflächen oder Teilaufgaben privaten Unternehmen übertragen.**
- 4. Sollte durch vorstehende Maßnahmen das vorhandene Personal nicht mehr voll ausgelastet sein und erscheinen sinnvolle Umsetzungen innerhalb der Verwaltung nicht möglich, erfolgen Kündigungen aus betrieblichen Gründen.**

Begründung:

Unmittelbarer Anlass für diese Anträge sind die Ausführungen der Verwaltung in der DS 05/008 zum Betriebsergebnis 2003 für den Fachdienst Grünflächen und Bauhof. Dort werden zwar „weniger Personaleinsatz bei erhöhtem Maschineneinsatz“ und „Standardreduzierungen bei den öffentlichen Grünanlagen und den Sportanlagen“ angekündigt, zugleich wird aber die „technische Ausstattung mit einem optimierten Maschinenpark“ damit begründet, dass „in nächster Zeit erhebliche weitere Flächen in die Pflege der Stadt übergeben werden (insb. Rosenfeld)“. Das steht in eklatantem Gegensatz zu den wiederholt bekundeten Absichten der politischen Mehrheit, den Dienstleistungssektor der Stadt zu reduzieren und schrittweise zu privatisieren. Hier drängt sich ein Einstieg in die Privatisierung geradezu auf.

Punkt 4. resultiert aus der Aussage in derselben Drucksache, das (Betriebs-) Ergebnis des Friedhofs sei nicht zufriedenstellend, weil die „mit der Auflösung der Stadtgärtnerei (Anzuchtgarten) die dort freigesetzten Mitarbeiter zusätzlich auf dem Friedhof eingesetzt wurden, weshalb die Personalkosten ... zugenommen haben.“ So kann man nicht wirtschaften!

Kay-Udo Ploch